

Tagesanzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Montag
4. Februar 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 28 - Auflage 188 602

Fristlos «Sie können mich langsam ...» Was Sie Ihrem Chef nicht sagen sollten, wenn Ihnen Ihr Job lieb ist. 33

Künstlernachlass Wer viele Bilder erbt, hat damit oft viel Ärger. Dann hilft der Kunsthändler Ueli Eberhart. 15

Carlo Janka Der «Iceman» spricht mit Marco Büchel über seine Gefühle. 40



Uniklinik schreibt auf Drängen der IV Gutachten um

Die IV hat mit fragwürdigen Methoden den früheren Rentenentscheid einer Patientin korrigiert.

Von René Staubli

Die Invalidenversicherung (IV) hat die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich im vergangenen September dazu gedrängt, einen optimistischen Klinikbericht über die Arbeitsfähigkeit einer IV-Klientin zu überprüfen und anzupassen. Der zuständige Arbeitstherapeut gab dem Wunsch der Zürcher IV-Stelle nach und kehrte die eigene Expertise ins Negative um, ohne die Klientin noch einmal konsultiert zu haben und ohne sie über die Abänderung zu informieren.

Die IV ging noch einen Schritt weiter: Sie attestierte der Klientin, die seit Jahren unter schweren Rückenbeschwerden leidet, eine «schwere Persönlichkeitsveränderung», ohne sie psychiatrisch begutachtet und ohne sie über den gravierenden Befund informiert zu haben. Ihre «Diagnose» stützt die IV auf einen sieben Jahre alten Bericht. Die Klientin hatte damals einem Arzt in der Schmerzlinik des Unispitals von ihrer schwierigen Jugend erzählt. Von einer «schweren Persönlichkeitsveränderung» steht in jenem Bericht kein Wort.

Hätte die IV-Stelle der Klientin nur wegen erwiesener Arbeitsunfähigkeit und ohne zusätzliche Diagnose eine Rente zugesprochen, wäre die Frage aufgetaucht, warum man sie 2010 arbeitsfähig geschrieben und ihr die Rente aberkannt hatte. Nachdem die Klientin sechs Jahre

lang eine volle IV-Rente bezogen hatte, war ihr diese nach einer Begutachtung gestrichen worden. Zwar hatte der Gutachter damals die Meinung vertreten, die Klientin sei in ihrer angestammten Tätigkeit als Betreuerin in Behindertenwerkstätten vollständig arbeitsunfähig. Dennoch entschied er, sie könne in einer angepassten Tätigkeit 80 Prozent arbeiten, worauf die IV die Rente kappte (TA vom 14. September 2011).

Integration scheiterte

In der Folge scheiterten die Bemühungen, die 59-Jährige in den Arbeitsprozess zu integrieren. Im Oktober sprach ihr die IV deshalb wieder eine volle Rente zu - mit der Begründung, sie sei nicht wegen ihres Rückenleidens arbeitsunfähig, sondern wegen der «schweren Persönlichkeitsveränderung».

IV-Sprecherin Daniela Aloisi bestätigt die Bitte zur «Überprüfung», erklärt aber, der Fall sei ein Beleg dafür, dass die IV-Stelle nicht auf ihrem ursprünglichen Entscheid beharrt habe: «Wir sind der sich verändernden Situation mit der nötigen Offenheit und Flexibilität mit neuen Entscheiden gerecht geworden.»

Die Psychiatrische Universitätsklinik beantwortete die Frage nicht, ob es üblich sei, Berichte auf Drängen der IV umzuschreiben.

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 11

Kommentare & Analysen

«Falls Sie zu den Investoren gehören, die noch

Heute

Nationalrat
SVP-Politikerin Natalie Rickli kehrt ins Bundeshaus zurück

Die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli kehrt nach einem Burn-out in die

Aushebung: Jeder Zehnte war im Clinch mit Justiz



Seit August 2011 werden stellungspflichtige junge Schweizer flächendeckend überprüft. Eine Fachstelle der Armee konsultiert unter anderem das Strafregister, um bereits während der Rekrutierung allfällige Sicherheitsrisiken feststellen zu können. Konkret geht es vor allem darum, Gewaltverbrechen mit der Militärwaffe verhindern zu können.

Dabei hat die Überprüfung ergeben, dass von den jährlich rund 40 000 Stellungspflichtigen etwa 10 Prozent einen Eintrag im Strafregister haben. Weder

der Zürcher Kriminologe Martin Killias noch Strafrechtsprofessor und SP-Nationalrat Daniel Jositsch sind von der Zahl überrascht. Jositsch verweist auf die Statistik, derzufolge junge Männer am häufigsten delinquirieren. Dieser Umstand spiegelt sich im Register.

Als Sicherheitsrisiko identifiziert wurden im letzten Jahr 626 Stellungspflichtige. Diese wurden in der Folge vorzeitig aus der Armee ausgeschlossen.

Wer die Rekrutierung erfolgreich absolviert, wird vor Beginn der Rekruten-

schule noch einmal überprüft. Ist Zwischenzeit ein Strafverfahren eröffnet oder sonst ein auffälliges Verhalten registriert worden, verfügt die Bundesverwaltung gegenüber 281 Personen erlassen

Das Bundesverwaltungsgericht ein jüngst publiziertes Urteil ceteris paribus der strengen Sicherheitsprüfung bestätigt. Es wies die Beschwerde des jungen Mannes gegen seine Entlassung ab. (TA) - Seite 3

Seite Zwei



Kommentar
René Staubli, Reporter, über die Methoden der IV Zürich und der Psychiatrischen Uniklinik.

Der Zweck heiligt nicht jedes Mittel

Einer von Rückenschmerzen geplagten Frau wird nach sechsjähriger Bezugsdauer die IV-Rente gestrichen. Beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zeigt sich, dass jener Entscheid nicht vertretbar war. Um der 59-Jährigen trotzdem wieder eine Rente zusprechen zu können, greifen die Zürcher IV-Stelle und die Psychiatrische Uniklinik zu fragwürdigen Methoden: Sie drehen einen positiven Arbeitsfähigkeitsbericht ins Negative um und schreiben der Klientin eine schwere psychische Störung zu. Kritische Fragen zu den Vorgängen werden nur selektiv beantwortet. Die IV-Stelle erklärt, man habe lediglich Flexibilität bewiesen und im Interesse der Klientin gehandelt, denn diese sei ja nun aus ihrer materiellen Not erlöst.

So einfach geht es natürlich nicht; der Zweck heiligt nicht jedes Mittel. Die IV und die Psychiatrische Universitätsklinik sind Institutionen, die vom Vertrauen der Öffentlichkeit leben. Dieses Vertrauen wird arg strapaziert, wenn Untersuchungsberichte und medizinische Einschätzungen einfach so umgeschrieben werden.

Zwar haben sich diesmal die Handlungen zumindest finanziell zugunsten der Klientin ausgewirkt. Man fragt sich aber, ob es auch gegenteilige Beispiele gibt. Und auch in diesem Fall besteht der begründete Verdacht, dass die IV sowohl bei der Aberkennung der Rente im Jahr 2010 wie bei der Zuspriechung im vergangenen Oktober nicht auf sachlicher Grundlage entschieden hat. Dass sich die

Verantwortlichen der beiden Institutionen zu zentralen Fragen nicht äussern, macht misstrauisch.

Über den Einzelfall hinaus wirft das Vorgehen grundsätzliche Fragen auf: Bei den medizinischen Begutachtungen definiert die IV stets die theoretische Arbeitsfähigkeit eines gesundheitlich angeschlagenen Klienten. Ob diese theoretische Arbeitsfähigkeit dann auch ausreicht, um in der realen Arbeitswelt einen Job zu finden, kümmert die IV wenig – wenn die Integration nicht klappt, sind ja immer noch die Sozialämter da. In der laufenden Revision 6a will die IV 17 000 Personen die Rente streichen und sie in den Arbeitsmarkt reintegrieren. Man wird ihr genau auf die Finger schauen, welche Mittel sie dabei anwendet.

Die kleine Geschichte Robert Mugabe hat Zimbabwe so abgewirtschaftet, dass es sich kaum Wahlen leisten kann.

217 Dollar in der Staatskasse

Für 250 US-Dollar bekommt man in Zimbabwe derzeit drei Säcke Mais, eine gute Flasche Whiskey oder ein Flugticket ins Nachbarland Südafrika. Nichts davon kann sich die Regierung der Krisennation allerdings noch leisten: Auf dem staatlichen Girokonto befanden sich gerade noch 217 (in Worten: zweihundertundsiebzehn) US-Dollar, gab der zimbabwische Finanzminister Tendai Biti kürzlich bekannt. Mit Mühe und Not hätten die Gehälter der Staatsdiener noch ausbezahlt werden können, erklärte Biti vor der Presse: «Jeder Einzelne von euch Journalisten hat wohl mehr Guthaben auf dem Konto als euer

Robert Mugabes Zanu-PF und der oppositionellen Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) schien das Schlimmste überstanden: Allmählich füllten sich die Supermärkte in Harare wieder, für dieses Jahr wird ein Wachstum von fünf Prozent prognostiziert.

Flössen alle Mittel in den Staatssäckel, die diesem zustehen, stünde das einst blühende Land sogar noch wesentlich besser da. Allein in Marange – dem derzeit ergiebigsten Diamantenfeld der Welt – wurden in den vergangenen zwölf Monaten Bergwerksexperten zufolge Edelsteine im Wert von rund

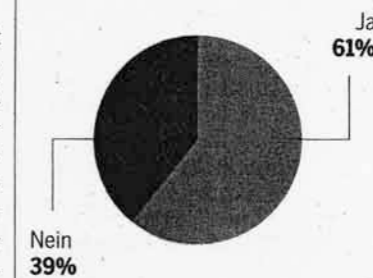
Ihr dürftiges Einkommen hält die Koalitionsregierung bei chronischer Muskelschwäche: Jetzt stellt sich sogar die Frage, wie das Land den bevorstehenden Volksentscheid über eine neue Verfassung sowie die anschliessend geplanten Wahlen noch finanzieren kann. Die beiden Abstimmungen würden zusammen mehr als 200 Millionen Dollar kosten, gab die Wahlkommission kürzlich bekannt: Das ist – in Worten – neun Millionen Mal mehr, als sich gegenwärtig in der Staatskasse befindet. «Die Regierung ist gelähmt», räumte Finanzminister Biti ein: «Uns bleibt nichts anderes übrig, als

die internationale Gemeinschaft um Unterstützung zu bitten.» Dabei soll der von Mugabe bei jeder sich bietenden Gelegenheit gezeigte Westen bereits die Zeche für die verhängnisvolle Landreform des Präsidenten zahlen: Nach Angaben der UNO wird Zimbabwe auch in diesem Jahr mindestens 131 Millionen Dollar an Nahrungsmittelhilfe brauchen.

Wie unverfroren der fast 89-jährige Staatschef Robert Mugabe mit der selbst verschuldeten Klammheit seines Landes umgeht, zeigt die Chuzpe, mit der seine Propagandamaschine nun auch Bitis Hilferuf zu Wahl-

Online-Umfrage

Glauben Sie, dass Natalie Rickli sich nach ihrer langen Abwesenheit in der Politik wieder etablieren kann?



1377 Leserinnen und Leser antworteten.

Die SVP-Nationalrätin Natalie Rickli gab am Wochenende ihre Rückkehr in die Schweizer Politik bekannt. Gleichzeitig tritt die Winterthurerin als Vizepräsidentin der Bundeshausfraktion zurück.

Heute auf tagesanzeiger.ch

Der Trainer: Ein Glücksfall – aber anders! Bernard Thurnheer über Glück im Spiel. Sinnvoller Landschaftsschutz oder